

«Zug für alle statt für wenige»  
 Anna Spescha  
 in den Kantonsrat  
 und GGR  
 www.sp-zug.ch/wahlen

FDP  
 Die Liberalen Zug  
**Weitsichtig.**  
 Urs Hürlimann und  
 Matthias Michel  
 www.wahlen-zug.ch

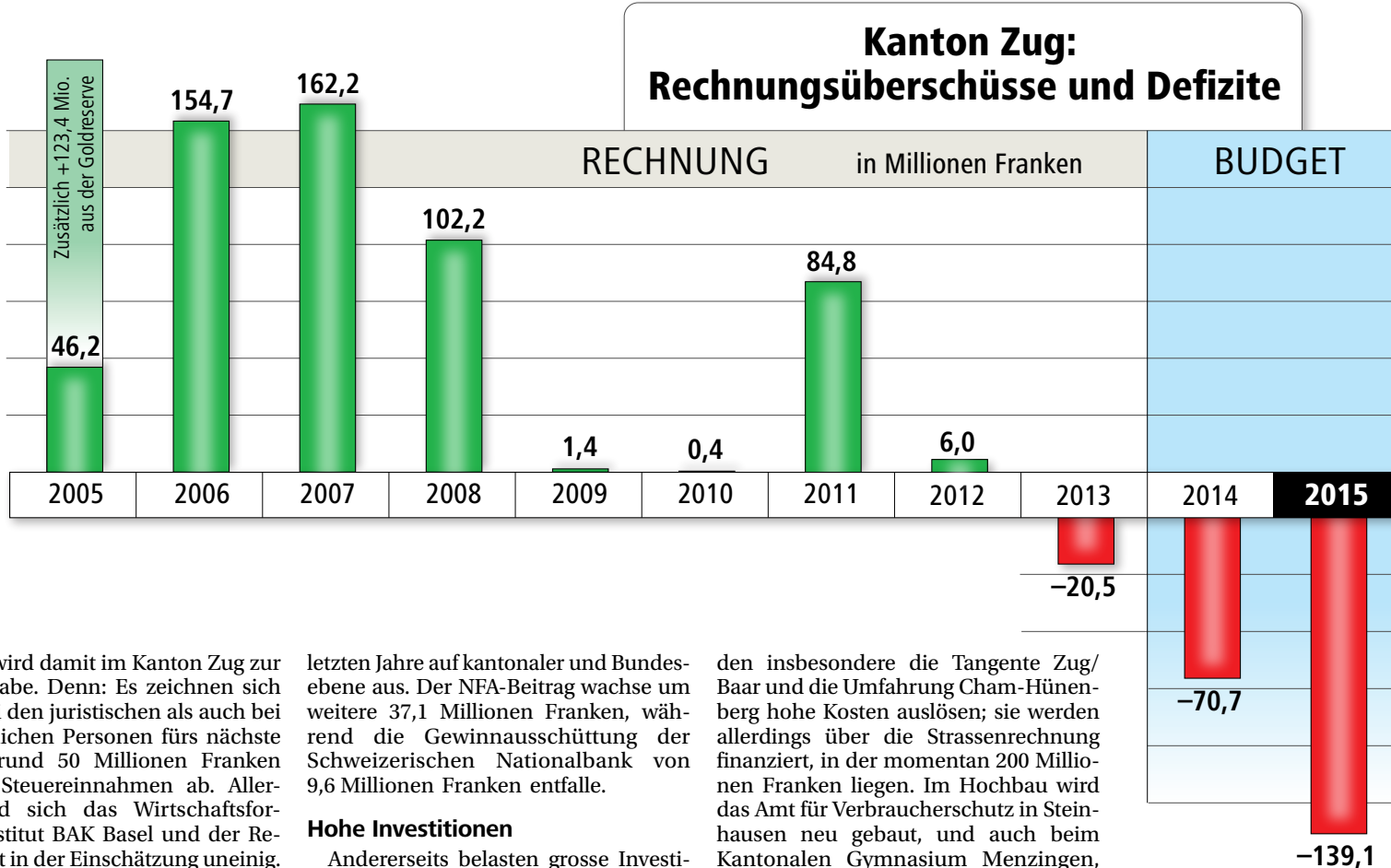
# Zuger Finanzhimmel verdüstert sich

**BUDGET 2015** Die Zuger werden sich in den kommenden Jahren mit roten Zahlen abfinden müssen. Damit wird Sparen zu einer Hauptaufgabe.

FREDDY TRÜTSCH  
 freddy.truetsch@zugerzeitung.ch

Der Blick auf das kantonale Budget sorgt in den nächsten Jahren nicht mehr automatisch für Glücksgefühle. Denn der Regierungsrat budgetiert für 2015 einen Aufwandüberschuss von 139,1 Millionen Franken. Allerdings hat er dabei bereits 40 Millionen Franken aus der Ressourcenausgleichsreserve genommen und im Rahmen des Entlastungsprogramms auch Sofortmassnahmen berücksichtigt. In Tat und Wahrheit beläuft sich das Defizit also auf rund 200 Millionen Franken – einmalig in der Finanzgeschichte des Kantons. Zumindest in den letzten 30 Jahren wies Zug erst zweimal ein Defizit aus: 2003 mit 15,5 Millionen und 2013 mit 20,5 Millionen Franken.

Und es sieht ganz danach aus, dass sich der Zuger Finanzhimmel auch in naher Zukunft nicht aufhellen wird. Zumindest verheissen die Hochrechnungen für die Budgets der kommenden drei Jahre nur langsame Besserung: 2016 minus 120 Millionen; 2017 minus 99 Millionen und 2018 minus 72 Millionen Franken. Peter Hegglin: «Wir malen also nicht schwarz, wenn wir sagen, der Kanton muss sparen. Es ist eine Tatsache.» Es gelte jetzt, damit umzugehen.



Sparen wird damit im Kanton Zug zur Hauptaufgabe. Denn: Es zeichnen sich sowohl bei den juristischen als auch bei den natürlichen Personen fürs nächste Jahr um rund 50 Millionen Franken geringere Steuereinnahmen ab. Allerdings sind sich das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel und der Regierungsrat in der Einschätzung uneinig. Während das BAK im aktuellen Finanzhaushaltsmodell markant höhere Steuererträge erwartet, bleibt der Regierungsrat bei seiner vorsichtigen Einschätzung. Wie Peter Hegglin erklärt, wirken sich neben der schwierigen Wirtschaftssituation auch die Steuergesetzrevisionen der

letzten Jahre auf kantonaler und Bundesebene aus. Der NFA-Beitrag wachse um weitere 37,1 Millionen Franken, während die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 9,6 Millionen Franken entfalle.

### Hohe Investitionen

Andererseits belasten grosse Investitionsaufgaben den Staatshaushalt. Die Nettoinvestitionen im Budget 2015 betragen 89,8 Millionen Franken, 9,1 Millionen weniger als im Vorjahr. Die geplanten Nettoausgaben belaufen sich bis ins Jahr 2018 auf insgesamt 717,1 Millionen Franken. Im Strassenbau wer-

den insbesondere die Tangente Zug/Baar und die Umfahrung Cham-Hünenberg hohe Kosten auslösen; sie werden allerdings über die Strassenrechnung finanziert, in der momentan 200 Millionen Franken liegen. Im Hochbau wird das Amt für Verbraucherschutz in Steinhausen neu gebaut, und auch beim Kantonalen Gymnasium Menzingen, beim Gewerblich-Industriellen Bildungszentrum und bei der Kantonschule Zug werden grosse Bauprojekte realisiert. Die gesamten Abschreibungen belasten die laufende Rechnung über den ganzen Planungshorizont 2015 bis 2018 mit insgesamt 511,9 Millionen

Franken. Aufgrund des Finanzlochs kann die laufende Rechnung in den Jahren 2015 bis 2017 keine Finanzierungsbeiträge liefern.

### Keine neuen Stellen

Bereits vor den Sommerferien hat der Regierungsrat ein Entlastungsprogramm 2015 bis 2018 propagiert. Er hat in verschiedenen Sparrunden sowohl den Sachaufwand als auch die Investitionsausgaben im Budget 2015 auf den Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre gesenkt. «Gegenüber dem Vorjahr werden keine zusätzlichen Personalstellen bewilligt. Neue oder zusätzliche Aufgaben müssen mit dem gleichen Personalbestand wie bisher bewältigt werden», ergänzt Hegglin. Dies bedeutet zum Beispiel, dass die Direktion des Innern für das Kinder- und Erwachsenenschutzamt die drei zusätzlichen Stellen nicht erhält. Und auch dem Antrag der Datenschutzstelle (Aufstockung um 0,2 Personaleinheiten) wird nicht stattgegeben.

### «Viele gute Vorschläge»

Ziel des Entlastungsprogramms ist, den Zuger Finanzhaushalt bis im Jahr 2018 wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Das Ergebnis der laufenden Rechnung soll dauerhaft um 80 bis 100 Millionen Franken entlastet werden. Dazu werden geeignete Massnahmen ermittelt und die notwendigen Entscheidungsgrundlagen sowie allfällige Gesetzesanpassungen erarbeitet. Fürs Budget 2015 entscheidet der Regierungsrat Anfang Jahr, welche weiteren Massnahmen umgesetzt werden sollen. Eine erste Auslegeordnung macht er in wenigen Tagen. Hegglin: «Es sind von den Direktionen beeindruckend viele gute Vorschläge eingegangen. Wir werden jetzt sehen, was sich alles verwirklichen lässt.» Die mittelfristigen Auswirkungen werden laut Hegglin im Budget 2016 ersichtlich sein, die längerfristigen in den Budgets 2017 und 2018.

## Das sagen Parteipolitiker zum Millionendefizit des Kantons

**REAKTIONEN** ft. Erschreckend sei diese Nachricht, bemerkt **Philip C. Brunner** (SVP, Zug). Die 139,1 Millionen Franken überträfen seine Befürchtungen noch um ein Mehrfaches. Trotzdem dürfe man jetzt nicht in Panik verfallen, sondern müsse nüchtern analysieren und nach Sparpotenzial suchen. «Wir müssen auch über einen totalen Personalstopp nachdenken», betont Brunner. SVP-Parteipräsident **Markus Hürlimann** weist weiter auf die Sparbemühungen der Fraktion in den letzten zwei Jahren hin, die der Kantonsrat aber samt und sonders abgelehnt habe. Nicht die Einnahmen seien das primäre Finanzproblem des Kantons, sondern die Ausgaben. Dass die Steuern nicht erhöht werden sollen, begrüsst die SVP. Geplante Gebührenerhöhungen lehnt sie jedoch ab.

Das sieht die SP anders. Es seien nicht die Ausgaben das Problem, sondern die Einnahmen, sagt Parteipräsidentin **Barbara Gysel** (Zug). Für den Regierungsrat komme die Erhöhung des Steuerfusses nicht in Frage, während Gebührenerhöhungen denkbar seien. «Gebühren wirken aber asozial und degressiv.» Man müsse den Hebel bei den Einnahmen ansetzen.

### «Keine Sparpanik»

Für die Alternative-die Grünen ist klar: «Stopp für weitere Steuersenkungen und Luxusbauprojekte.» Angesichts

der roten Zahlen seien die von Finanzdirektor Hegglin angekündigten Steuer-senkungen für Aktiengesellschaften im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 3 «finanzpolitisch unverantwortlich», erklärt Fraktionschef **Stefan Gisler**. Zug habe in den fetten Jahren eine Reserve von über 1 Milliarde Franken bilden können, «da erträgt es auch einige magere Jahre, ohne in Sparpanik



«Bei unserer Reserve von über 1 Milliarde Franken erträgt es auch einige magere Jahre, ohne in Sparpanik zu verfallen.»

Stefan Gisler, Alternative-die Grünen

zu verfallen». Die krasse Massnahme des Personalstopps zeuge von wenig Voraussicht. Die Alternativen hätten sich als einzige Partei gegen Luxus-bauten und -strassen gestellt. «Die Regierung hörte nicht auf uns und handelte blauäugig. Gerade bei der Finanzierung des Stadttunnels wurde die rosa Brille aufgesetzt. Mit Sparpaket kein Stadttunnel», hält Gisler fest.



«Weitere Defizite sind inakzeptabel. Ziel der Regierung muss es sein, bis 2018 wieder eine schwarze Null zu schreiben.»

Jürg Strub, FDP

Für FDP-Parteipräsident **Jürg Strub** ist eine schonungslose Analyse unumgänglich. Das bedeute: Alle Leistungen des Kantons seien zu hinterfragen. «Wir müssen uns auf das Notwendige konzentrieren und nicht auf das Wünschbare.» Ziel von Regierung und Parlament müsse sein, im Jahre 2018 wieder eine schwarze Null zu schreiben. Für ihn ist inakzeptabel, dass die Regierung auch für 2018 noch ein Defizit von rund 70 Millionen Franken ankündigt. Strub ist grundsätzlich gegen jede Steuererhöhung – und Volksentscheide bei grossen Projekten seien zu respektieren. Darum müssten die Tangente und die Umfahrung Cham-Hünenberg umgesetzt werden. Sorgen bereiten dem FDP-Präsidenten mögliche Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform 3. Vieles sei da noch unklar.

### Priorisierung wäre richtig

Für CVP-Fraktionschef **Andreas Hausheer** (Steinhausen) wäre eine Rückweisung des Budgets 2015 durch den Kantonsrat keine Lösung. Aber man müsse sämtliche Ausgaben selbstverständlich hinterfragen. Es zeige sich bezüglich der hohen Investitionskosten, dass die von der CVP angeregte Priorisierung «der richtige Weg» gewesen wäre. «Aber die Mehrheit des Kantonsrates hat dies abgelehnt.» Auch die Personalausgaben sind laut Hausheer zu überprüfen.

### ANZEIGE